

THEMENBLATT 3

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM INTERNATIONALEN VERGLEICH

Österreich ist als Mitglied der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion fest in Europa verankert und damit stark mit den anderen Mitgliedsländern verflochten. Die vergangenen 15 Jahre waren von einer Vielzahl außergewöhnlicher konjunktureller Ereignisse geprägt: Nach einer deutlichen Wachstumsphase Mitte der 2000er Jahre folgte die globale Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/2009, gefolgt von der europäischen Staatsschuldenkrise. Erst durch umfassende Maßnahmen der Fiskal- und Geldpolitik konnten diese Krisen Mitte der 2010er Jahre überwunden werden. Im Jahr 2020 führten der Ausbruch der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen (Lockdowns) zu einem historisch tiefen Einbruch der Wirtschaftsleistung. Die Volkswirtschaften konnten sich von diesem Schock jedoch rasch erholen, in weiterer Folge überstieg die Nachfrage nach Gütern jedoch die bestehenden Produktionskapazitäten; Lieferschwierigkeiten und steigende Preise waren die Folge. Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Frühjahr 2022 beschleunigte den Anstieg vieler Rohstoffpreise weiter. Die Inflation (Inflation: Anstieg der Preise; Deflation: Sinken der Preise) kletterte auf Werte, die zuletzt Mitte der 1970er Jahre während der Erdölschocks verzeichnet wurden. Vor diesem Hintergrund haben im Jahr 2022 die weltweit wichtigsten Notenbanken mit einem schrittweisen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik begonnen, mit dem Ziel, die Inflationsrate mittelfristig wieder auf den jeweiligen Zielwert von meist 2 % zu bringen.

Das vorliegende Themenblatt beschreibt die Wirtschaftsentwicklung Österreichs der letzten Jahre im internationalen Vergleich. Hierbei wird auf das Wirtschaftswachstum, die Vernetzung der Wirtschaft mit den Handelspartnern (Leistungsbilanz), die Inflation, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sowie der öffentlichen Finanzen eingegangen.

Autor:

Klaus Vondra

Stand: Juni 2022

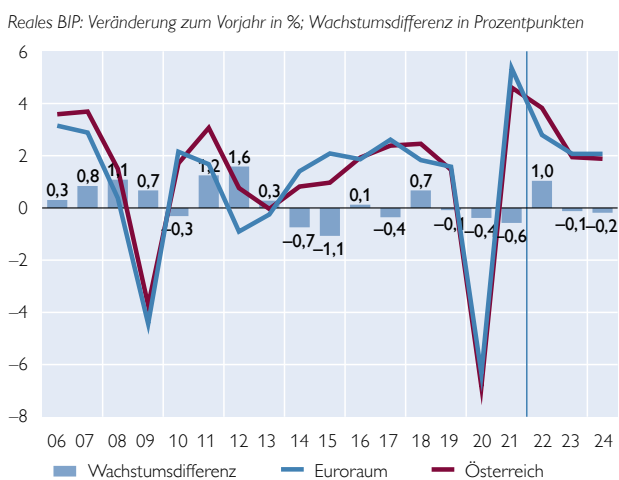
Österreich meistert turbulente Wirtschaftsentwicklung der letzten 15 Jahre

AUF COVID-19-PANDEMIE FOLGT INFLATIONSSCHOCK

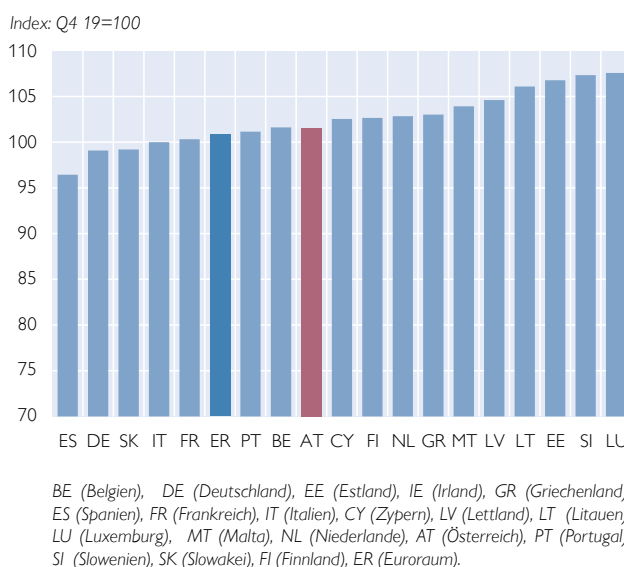
Die vergangenen 15 Jahre waren von einer Vielzahl außergewöhnlicher konjunktureller Ereignisse geprägt: Nach einer ausgeprägten Wachstumsphase Mitte der 2000er Jahre folgte die globale Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/09, gefolgt von der europäischen Staatsschuldenkrise. Erst durch umfassende Maßnahmen der Fiskal- und Geldpolitik konnte diese Krisen Mitte der 2010er Jahre überwunden werden. Im Jahr 2020 führten der Ausbruch der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Eindämmungsmaßnahmen (Lockdowns) zu einem historisch tiefen Einbruch der Wirtschaftsleistung. Die Volkswirtschaften konnten sich von diesem Schock jedoch rasch erholen, in weiterer Folge überstieg die Nachfrage nach Gütern jedoch die bestehenden Produktionskapazitäten, Lieferschwierigkeiten und steigende Preise waren die Folge. Der Angriff Russlands auf die Ukraine im Frühjahr 2022 beschleunigte den Anstieg vieler Rohstoffpreise weiter. Die Inflation kletterte auf Werte, die zuletzt Mitte der 1970er Jahre, während der Erdölschocks, verzeichnet wurden. Vor diesem Hintergrund haben im Jahr 2022 die weltweit wichtigsten Notenbanken mit einem schrittweisen Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik begonnen, mit dem Ziel die Inflationsrate mittelfristig wieder auf den jeweiligen Zielwert von meist 2% zu bringen. Die in Folge gestiegenen Zinsen nähren momentan die Befürchtung – v. a. in den USA – vor einer weiteren Rezession.

Grafik 1

Wachstumsdifferenz Österreich versus Euroraum



Reales BIP-Niveau Q1 22



Die Konjunkturentwicklung in Österreich und dem Euroraum (Euroraum: bezeichnet jene 19 europäischen Länder, in denen der Euro offizielles Zahlungsmittel ist) in den vergangenen 15 Jahren sowie die Prognose für die kommenden drei Jahre wird in Grafik 1 dargestellt. Im Detail zeigt die linke Abbildung das reale BIP-Wachstum (BIP – Bruttoinlandsprodukt: Summe aller Güter und Dienstleistungen, die ein Land in einem Jahr produziert) in Österreich und im Euroraum (rote und blaue Linie). Die Werte für die Jahre 2022–2024 stammen aus Prognosen vom Juni 2022. Die Säulen veranschaulichen die Differenz zwischen den Wachstumsraten; die nach oben gerichteten Säulen bedeuten, dass Österreichs Wirtschaft in den jeweiligen Jahren stärker wuchs als jene des Euroraums. In den Jahren 2017 und 2018 befand sich die Wirtschaft in einer Hochkonjunktur (Phase mit überdurchschnittlich hohem Wirtschaftswachstum). Jahre, in denen die Wirtschaftsleistung sinkt, nennt man Rezession, wie in den Jahren 2009 und 2020 (für Details zum Konjunkturzyklus siehe Themenblatt Nr. 6 „Konjunkturzyklus“). Die Säulen in der rechten Abbildung von Grafik 1 zeigen das BIP-Niveau im ersten Quartal 2022 im Vergleich zum vierten Quartal 2019, dem Quartal vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie. In den meisten Euroraum-Ländern liegt die Wirtschaftsleistung zu Jahresbeginn 2022 wieder über dem Vorkrisenniveau.

In Luxemburg liegt der Indexwert bei 107,6, d. h., die Wirtschaft ist im Vergleich zum vierten Quartal 2019 bereits um 7,6 % gewachsen. Österreich liegt im europäischen Mittelfeld und weist einen Indexwert von 101,6 auf, d. h. im Vergleich zum Niveau vom vierten Quartal 2019 ist die Wirtschaftsleistung um 1,6 % gewachsen. Der Euroraum insgesamt hat im Gegensatz zu den meisten seiner Mitgliedsländer das Vorkrisenniveau noch kaum überschritten. Dies liegt daran, dass die großen Volkswirtschaften Spanien und Deutschland das Vorkrisenniveau noch nicht erreicht haben, Italien und Frankreich es nur geringfügig überschritten haben. Diese vier Länder zusammengerechnet sind für drei Viertel der Wirtschaftsleistung des Euroraums verantwortlich.

Österreich erzielte zwischen 1999 (Einführung des Euro, siehe Themenblatt Nr. 1 „Die Geschichte der Wirtschafts- und Währungsunion“) und 2013 im Durchschnitt ein um 0,5 Prozentpunkte höheres reales BIP-Wachstum als der Euroraum. Zwischen 2014 und 2021 übertraf jedoch das Wachstum im Euroraum jenes in Österreich im Durchschnitt um 0,3 Prozentpunkte. Während die Erholung nach der COVID-19-Pandemie in Österreich im Jahr 2022 deutlich stärker ausfallen soll als im Euroraum, dämpft die hohe Inflation infolge des Kriegs in der Ukraine das Wirtschaftswachstum sowohl im Euroraum als auch in Österreich in den kommenden zwei Jahren die Wachstumsdynamik beträchtlich. Da sich bisher kein Kriegsende abzeichnet und sich zuletzt der Konflikt zwischen Russland und Europa erneut intensiviert hat (Stichwort Gaslieferungen), bleibt das allgemeine Risiko für die weitere Entwicklung weiterhin sehr hoch. Im Fall eines längeren Ausfalls von russischen Energieexporten nach Europa würde sich das Wirtschaftswachstum noch weiter eintrüben und die Inflation noch stärker steigen.

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG SPIEGELBILD DER WETTBEWERBSFÄHIGKEIT EINES LANDES

Österreich ist eine kleine, offene Volkswirtschaft („klein“ bezieht sich auf die Bevölkerungsgröße, „offen“ auf den Grad der Wirtschaftsverflechtung mit dem Ausland). Mit über 9 Mio Einwohner:innen (April 2022) liegt Österreich – hinsichtlich Bevölkerungsgröße – im Mittelfeld der Euroraum-Länder. Während Deutschland rund 83 Mio Einwohner:innen zählt, leben auf Malta nur rund 0,5 Mio Menschen. Begünstigt durch die zentrale Lage in Europa und durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (eine zentrale Errungenschaft der EU ist ein freier/einheitlicher Markt für Güter und Dienstleistungen) produziert Österreich eine große Menge an Gütern und Dienstleistungen nicht für den Inlandsmarkt, sondern für das Ausland. Etwas mehr als die Hälfte der österreichischen Wirtschaftsleistung wird für das Ausland produziert und somit exportiert. Im Jahr 2021 ging wiederum mehr als die Hälfte dieser Exporte in den Euroraum; dieser Teil der österreichischen Exporte ist infolge der gemeinsamen Währung keinem Wechselkursrisiko ausgesetzt.

- Im Jahr 2021 betrug das Verhältnis zwischen Güter- und Dienstleistungsexporten beinahe 75:25. Damit verschob sich das Verhältnis von gewöhnlich 70:30 deutlich zugunsten der Güter. Dies ist die Folge der COVID-19-bedingten Lockdowns, von denen vor allem die Beherbergungsbetriebe betroffen waren. Aufgrund der Schließungen (vor allem im Winter) konnten viele ausländische Gäste nicht anreisen. Die fehlenden Einnahmen aus dem Tourismus dämpften die Dienstleistungsexporte (Tourismuseinnahmen werden als Dienstleistungsprodukte in der Außenhandelsstatistik verbucht). In weiterer Folge ergaben sich auch negative Auswirkungen auf die Leistungsbilanz.
- Für österreichische Exporteure ist Deutschland mit einem Anteil von knapp über 30 % an den gesamten Güterexporten nach wie vor die mit Abstand wichtigste Exportdestination. Bei den Dienstleistungsexporten liegt der Anteil bei knapp über 40 %.
- Italien, USA, die Schweiz und Polen sind die nächstwichtigsten Destinationen für Güterexporte. Die osteuropäischen Nachbarstaaten sind seit Jahren ein wichtiger Exportmarkt für Österreich; rund ein Fünftel der österreichischen Güterexporte geht in diese Region.

Als positiv erweist sich die Branchenvielfalt im österreichischen Außenhandel; Österreich exportiert viele unterschiedliche Produkte und ist nicht ausschließlich auf einige wenige Bereiche spezialisiert.

- Mit einem Anteil von knapp unter 40 % an den gesamten Güterexporten liegt der Schwerpunkt auf „Maschinenbauerzeugnissen und Fahrzeugen“.

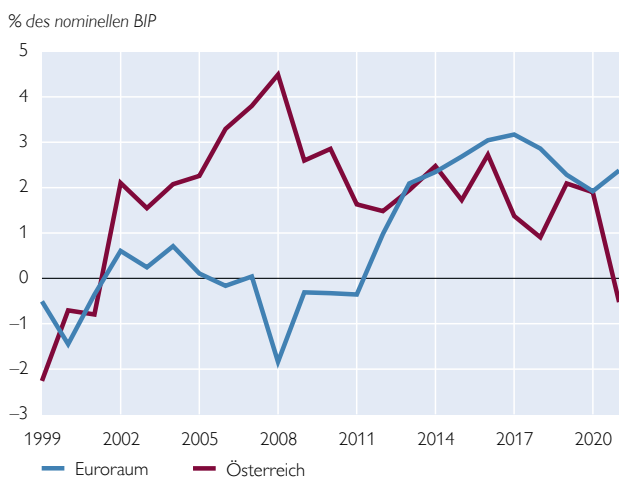
- Weitere Stützen stellen die Bereiche „Bearbeitete Waren“, „Chemische Erzeugnisse“ und „Sonstige Fertigwaren“ dar, die gemeinsam 47 % der Güterexporte ausmachen.
- Die Dienstleistungsexporte – die drei wichtigsten Kategorien der Dienstleistungsexporte sind „Tourismus“, „Transporte“ und „unternehmensnahe Dienstleistungen“, wie z. B. Marketing, Ingenieursarbeiten oder Dienstleistungen im Banken- und Versicherungsbereich – trugen in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich zum Exportwachstum bei. Die Jahre 2020 und 2021 stellen hierbei eine Ausnahme dar. Das Ausbleiben von ausländischen Tourist:innen in Österreich (2020: –41 % gegenüber dem Vorjahr, 2021: –28 %, Dienstleistungsexporte laut Zahlungsbilanz) dämpfte hier die Entwicklung maßgeblich.

Das Wachstum der Exporte Österreichs war und ist nur aufgrund der hohen Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Wirtschaft möglich. Trotz des international starken Wettbewerbs wurden zwischen 2002 und 2020 mehr Güter und Dienstleistungen exportiert als importiert. Das heißt, Österreich erwirtschaftet jährlich einen Leistungsbilanzüberschuss. Im Jahr 2021 verzeichnete Österreich jedoch COVID-19-bedingt (fehlende Tourismuseinnahmen) ein Defizit im Ausmaß von 0,5 % des BIP. Sollte es im verbleibenden Jahr 2022 zu keinen erneuten Schließungen von Beherbergungsunternehmen kommen und sich die Energieimporte nicht noch weiter verteuern, wird Österreich 2022 erneut einen Leistungsbilanzüberschuss ausweisen.

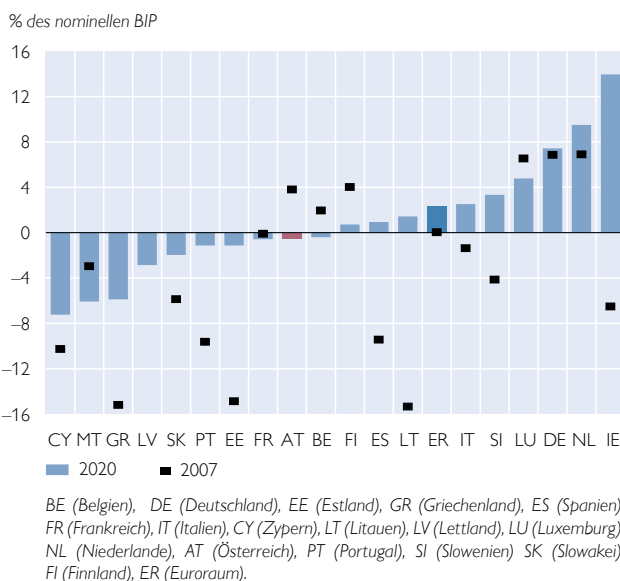
Grafik 2

Leistungsbilanz als Spiegelbild der hohen Wettbewerbsfähigkeit

Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos



Leistungsbilanzsaldo im Vergleich



Grafik 2 (linke Abbildung) zeigt die Entwicklung des Leistungsbilanzsaldos (Differenz zwischen Exporten und Importen) des Euroraums und Österreichs. Die rechte Abbildung stellt den Leistungsbilanzsaldo aller Euroraum Länder in den Jahren 2007 und 2021 dar. Um den Leistungsbilanzsaldo zwischen den Ländern vergleichen zu können, wird der Nominalwert des Saldos durch das jeweilige BIP dividiert, wobei das nominelle (nicht um Preiseffekte bereinigte) BIP verwendet wird. Länder, deren Säulen positive Werte ausweisen, exportieren mehr als sie importieren, Länder mit nach unten gerichteten Säulen importieren mehr als sie exportieren. Die Abbildung zeigt, dass die Ungleichgewichte (hohe Leistungsbilanzsalden) im Jahr 2021 deutlich geringer sind als im Jahr 2007.

INFLATION AUF HÖCHSTEM NIVEAU SEIT DEN 1970ER JAHREN

Bis zum Jahresende 2021 konnte Österreich auf drei Jahrzehnte mit einer stabilen, niedrigen Inflation zurückblicken (zum Thema Preisstabilität siehe Themenblatt Nr. 4 „Preisstabilität - Inflation - Deflation“). In den Jahren 1989–1998 lag die durchschnittliche Preissteigerung bei 2,2 %. In den ersten zehn Jahren nach der Einführung

des Euro im Jahr 1999 (das Euro-Bargeld wurde erst am 1.1.2002 eingeführt) sank die Inflationsrate auf durchschnittlich 1,9 %. Der Durchschnitt 2009 bis 2018 lag bei 1,8 % und zwischen Anfang 2019 und Ende 2021 lag die Inflationsrate bei durchschnittlich 1,9 %. In den ersten fünf Monaten des Jahres 2022 stieg die Inflation auf einen Durchschnittswert von 6,3 %.

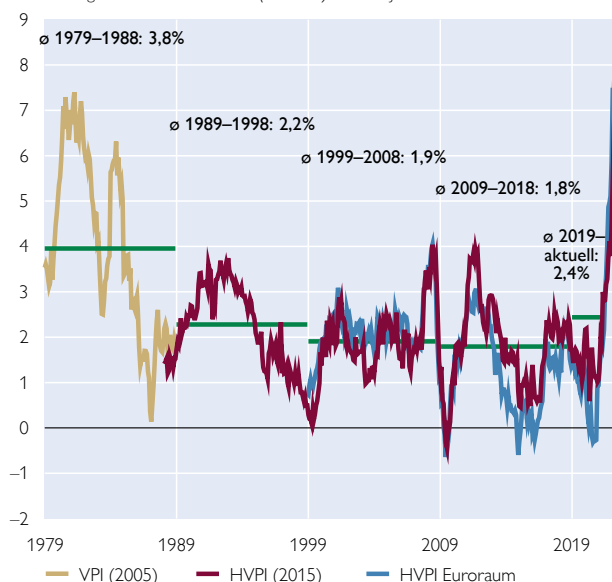
Die seit Mitte der 1980er-Jahre grundsätzlich stabile Preisentwicklung in Österreich verzeichnete bereits in den letzten Jahren mehrere Ausschläge: Die hohe Inflation 2008 wurde durch einen deutlichen Preisanstieg bei Energie und Nahrungsmitteln – infolge der Hochkonjunktur – hervorgerufen. Die Wirtschaftskrise 2009 führte indes zu einem Rückgang der Energie- und Nahrungsmittelpreise, was über einige Monate sogar negative Inflationswerte zur Folge hatte. Im Jahr 2011 stieg die Inflation erneut deutlich an, verursacht durch den Auftrieb beinahe aller Güter- und Dienstleistungspreise als Folge der expansiven wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Zwischen Mitte 2014 und Ende 2016 stiegen die Preise im Euroraum und auch in Österreich dann nur sehr schwach. In den Jahren 2017 und 2018 lag die HVPI-Inflation in Österreich leicht über 2 %, seit Dezember 2018 etwas darunter. Der Ausbruch der COVID-19-Pandemie führte 2020 zu einer weltweiten Rezession. Durch die geringere Nachfrage nach Rohöl fiel der Rohölpreis zu Jahresbeginn 2020 deutlich. Dies wirkte sich über die Energiepreise unmittelbar auf die Inflation aus. Mit der einsetzenden Erholung der Weltwirtschaft begannen die Rohstoffpreise im Jahr 2021 wieder zu steigen. Dies führte über die Energiekomponente zu einem deutlichen Anstieg der HVPI-Inflation. Der Preisauftrieb wurde durch den Angriff Russlands auf die Ukraine nochmals befeuert. Mitte des Jahres 2022 lag die Inflation in Österreich und auch im Euroraum bei rund 8 % und damit auf dem höchsten Niveau seit Mitte der 1970er Jahre. In den aktuellen Prognosen wird damit gerechnet, dass die Inflation erst Anfang 2023 deutlich zurückgeht – vorausgesetzt die geopolitische Situation spitzt sich nicht weiter zu.

Grafik 3

Inflationsentwicklung

VPI und HVPI Inflation in Österreich

Veränderung des VPI bzw. des HVPI (ab 1988) zum Vorjahr in %

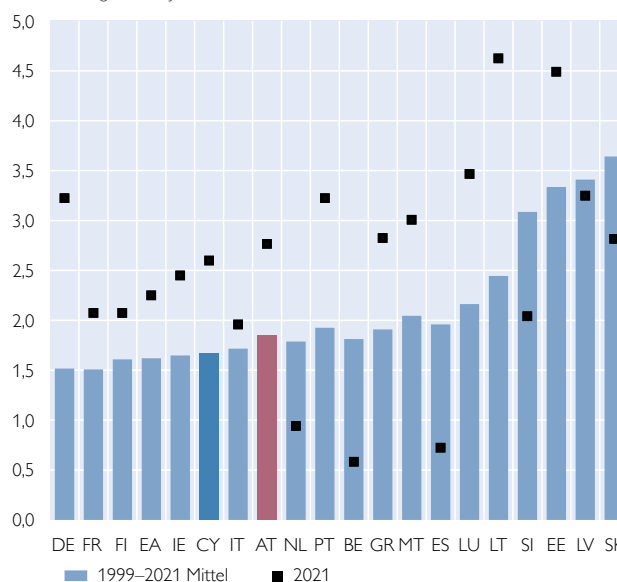


Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

Anmerkung: Linien geben 10-Jahres-Durchschnitte für Österreich an.

HVPI Inflation im Euroraumvergleich

Veränderung zum Vorjahr in %



BE (Belgien), DE (Deutschland), EE (Estland), IE (Irland), GR (Griechenland), ES (Spanien), FR (Frankreich), IT (Italien), CY (Zypern), LV (Lettland), LU (Luxemburg), MT (Malta), NL (Niederlande), AT (Österreich), PT (Portugal), SI (Slowenien), SK (Slowakei), FI (Finnland), ER (Euroraum).

Die Entwicklung der Inflation sowie 10-Jahres-Durchschnitte sind in Grafik 3 (linke Abbildung) dargestellt. (Die horizontalen Striche in der linken Abbildung geben den jeweiligen Durchschnitt über eine 10-Jahres-Periode an.) VPI steht für Verbraucherpreisindex und stellt die österreichische Methode der Inflationsberechnung dar.

Mit dem HVPI (Harmonisierter Verbraucherpreisindex) wird die Inflation in den Euroraum Ländern berechnet. Grundlage für den VPI bzw. HVPI (erst seit 1988 verfügbar) ist eine repräsentative Auswahl von Waren und Dienstleistungen (Warenkorb), die ein durchschnittlicher Haushalt kauft. Da der HVPI für alle Euroraumländer vergleichbar ist, wird ab 1988 nur der HVPI dargestellt. Grafik 3 (rechte Abbildung) zeigt die durchschnittliche Inflation seit der Einführung des Euro im Jahr 1999 bis 2021 als Säulen; im Vergleich dazu die Inflation im Jahr 2021 in Form von Punkten. Das von der EZB (Europäische Zentralbank) für den Euroraum gesetzte Ziel der Preisstabilität mit einer mittelfristigen Inflation von 2 % wurde im Euroraum, aber auch in Österreich, über den gesamten Zeitraum gerechnet erfüllt, wenngleich die Inflation im Euroraum aktuell deutlich über dem Zielwert liegt. Um die Inflation zu senken, kündigte die EZB im Juni 2022 an, ab Juli die Leitzinsen schrittweise anzuheben; eine ähnliche Strategie verfolgen auch andere große Notenbanken.

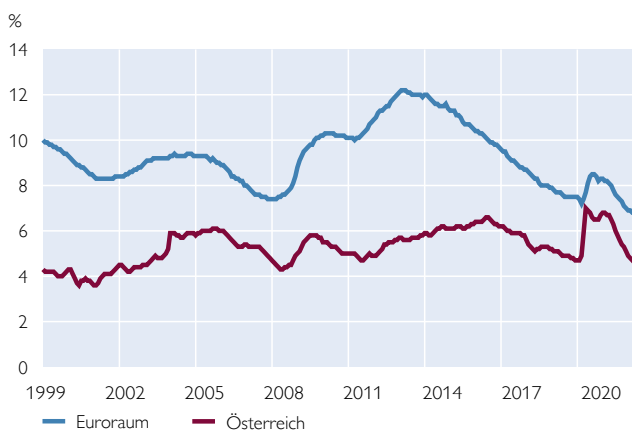
KURZARBEIT ALS WERTVOLLES INSTRUMENT ZUR VERMEIDUNG VON ARBEITSLOSIGKEIT IN ÖSTERREICH

Der österreichische Arbeitsmarkt weist im internationalen Vergleich einige bemerkenswerte Besonderheiten auf: So wird die duale Ausbildung (Lehrlinge erhalten parallele Ausbildung in Betrieb und Berufsschule) international als ausgezeichnete Variante anerkannt, junge Menschen in die Arbeitswelt zu integrieren. Der Arbeitsmarkt zeichnet sich durch weitgehende Flexibilität im Anstellungsverhältnis und umfangreiche Absicherungsmaßnahmen im Falle eines Jobverlusts aus. Die Lohnverhandlungen erfolgen sehr dezentral zwischen Vertretern der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmerseite und sind traditionell konsensorientiert, das heißt zum besten Wohle beider Seiten bzw. der Gesamtwirtschaft. Dahinter steht das System der Sozialpartnerschaft (Zusammenarbeit der

Grafik 4

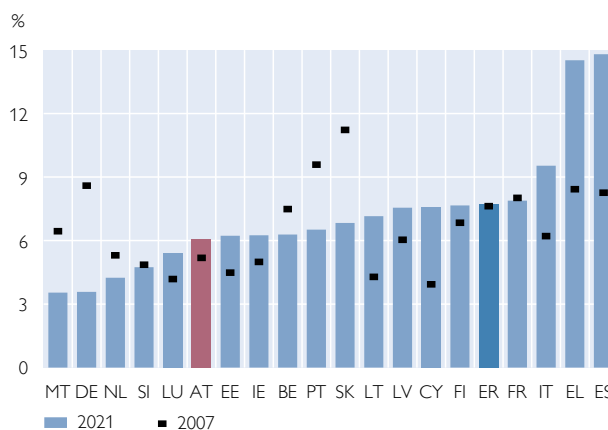
Österreich mit niedriger Arbeitslosenquote im Euroraum

Entwicklung der Arbeitslosenquote



Quelle: Eurostat.

Arbeitslosenquote im Ländervergleich



BE (Belgien), DE (Deutschland), EE (Estland), IE (Irland), GR (Griechenland), ES (Spanien), FR (Frankreich), IT (Italien), CY (Zypern), LV (Lettland), LU (Luxemburg), MT (Malta), NL (Niederlande), AT (Österreich), PT (Portugal), SI (Slowenien), SK (Slowakei), FI (Finnland), ER (Euroraum)

großen wirtschaftlichen Interessenvertreter und der Regierung). Vor dem Hintergrund der aktuell sehr hohen Inflationsraten wird der Ausgang der Herbstlohnrunde (Verhandlung über die Lohnerhöhung im Jahr 2023) wesentlich die weitere Wirtschafts- und Inflationsentwicklung bestimmen.

Ein Vergleich der Arbeitslosenquoten Österreichs und des Euroraums seit 1999 zeigt, dass diese in Österreich weit weniger schwankt als jene im Euroraum. Letztere fiel zwischen der Einführung des Euro im Jahr 1999 und 2008 leicht, bevor sie dann in Folge der großen Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich anstieg (siehe Grafik 4, linke Abbildung). Nach dem Ende der Staatsschuldenkrise erfolgte eine lange Phase sinkender Arbeitslosigkeit, der Anstieg während der COVID-19-Pandemie war vergleichsweise gering und kurz. Nach einem raschen Rückgang, weist der Euroraum Mitte 2022 die niedrigste Arbeitslosigkeit seit seinem Bestehen aus. In Österreich

entwickelte sich die Arbeitslosenquote deutlich stabiler als im Euroraum. Dazu trugen auch arbeitsmarktpolitische Instrumente wie die Kurzarbeitsregelung bei, die in Krisen wie 2009 und 2020 einem stärkeren Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenwirkten. Dahinter steht die Strategie, Beschäftigte in der Krise nicht zu kündigen, sondern ihre Arbeitszeit zu reduzieren und sie im Unternehmen – vom Staat unterstützt – weiterzubilden. In den Aufschwüngen nach Ende der Krisen konnten die Unternehmen sofort wieder auf ihr Stammpersonal zurückgreifen und die Produktion rasch wieder erhöhen. Während der COVID-19-Pandemie wurde dieses Instrument unter anderem von vielfach ausgesprochenen Wiedereinstellungsgarantien (nach einem Lockdown) ergänzt.

STARKE ERHOLUNG UND HOHE INFLATION LASSEN VERSCHULDUNG SINKEN

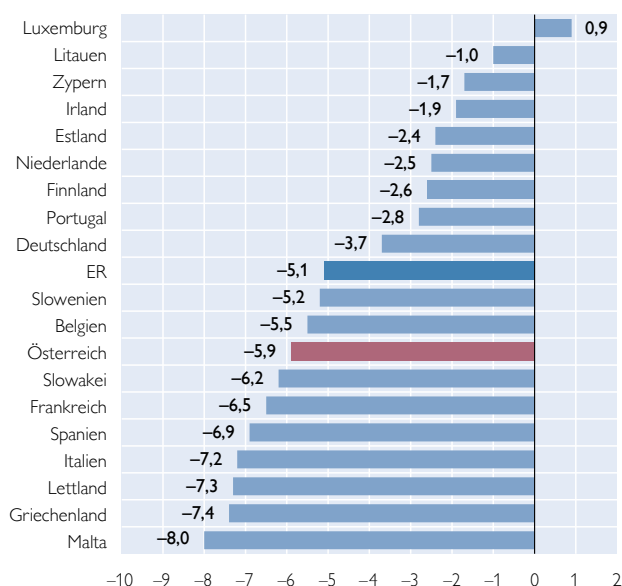
Österreich hat sich sowohl vor dem Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 als auch vor der COVID-19-Krise 2020 eine gute fiskalische Ausgangsbasis erarbeitet und damit ausreichend Spielraum für expansive Fiskalmaßnahmen geschaffen. 2007 lag die gesamtstaatliche Verschuldung (Gesamtverschuldung von Staat, Ländern und Gemeinden sowie der Sozialversicherungen) bei 65 % des BIP laut Maastricht (Berechnungsmethode nach einheitlichen europäischen Richtlinien), 2019 bei 71 %. In beiden Krisen konnte der Staat mit verschiedenen Maßnahmen (Kurzarbeitsregelung, Investitionsförderungen, vorgezogene staatliche Bauprojekte, Reduktion von Gebühren...) das Wirtschaftswachstum stützen und damit Österreich vor einer tieferen Rezession bewahren. Neben der aktiven Fiskalpolitik trug in beiden Fällen auch der Konjunkturereinbruch zu einem Anstieg der Neuverschuldung (vor allem durch niedrigere Steuereinnahmen und gleichzeitig höhere Kosten zur Unterstützung von Arbeitslosen) und damit auch der Gesamtverschuldung bei. Für die kommenden Jahre erwartet die OeNB, dass mit dem Ende der expansiven Fiskalmaßnahmen und trotz der beschlossenen Steueränderungen die Neuverschuldung wieder deutlich zurückgeht. Gepaart mit der derzeit hohen Inflation und dem zumindest noch im Jahr 2022 hohen Wachstum wird dies auch zu einem starken Rückgang der gesamtstaatlichen Verschuldung führen. Damit liegt Österreich im Mittelfeld der Euroraum-Länder.

Grafik 5

Öffentlicher Haushalt (2021)

Öffentlicher Finanzierungssaldo

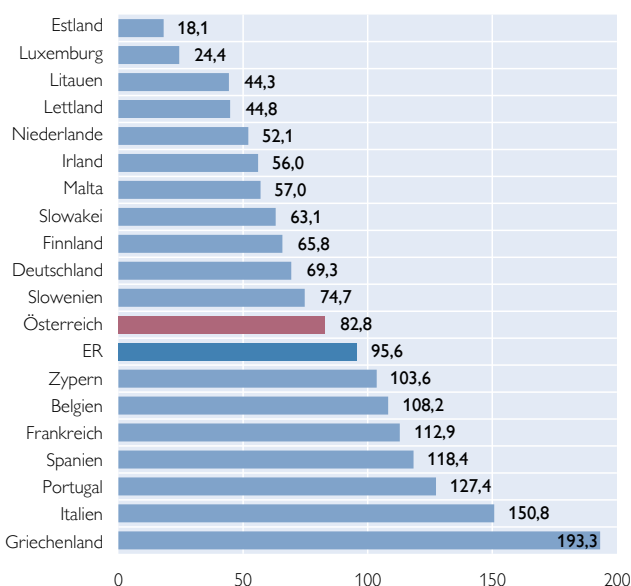
% des BIP



Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

Öffentliche Verschuldung

% des BIP



Weitere Informationen

www.oenb.at
www.ecb.int
ec.europa.eu

Erklärungen zu Fachbegriffen siehe OeNB-Glossar unter www.oenb.at/Service/Glossar.html

Medieninhaberin und Herausgeberin:
Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-046698

© Oesterreichische Nationalbank, 2022
Stand: Juni 2022